

Jürgen Habermas zum 65. Geburtstag

Eder, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Eder, K. (1994). Jürgen Habermas zum 65. Geburtstag. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46(3), 559-562. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-39325>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

trägen und unflexiblen deutschen Wohlfahrtsstaat. Vor allem aber expliziert er aufs neue seine liberale politische Theorie einer „Verfassung der Freiheit“ (wobei die neuere Diskussion zwischen Liberalismus und Kommunitarismus überraschenderweise nicht explizit aufgenommen wird): „Angebote sind unvollkommene Lebenschancen ohne Anrechte, und zu Lebenschancen gehört immer auch jenes schwer faßbare Element der Ligaturen ... es geht im Leben um Tätigkeit und Sinn, und für beide ist Bürgerschaft und der Volkswohlstand nur Bedingung. Wenn man das alles bedenkt, dann sind moderne Bürgergesellschaften kein schlechter Ort zum Leben, solange wir den Elan zur Verbesserung der Dinge wachhalten“ (1994: 295).

P.S. Werk und Biographie Ralf Dahrendorfs sind enger miteinander verknüpft als es zunächst den Anschein hat. Dies zeigt sich besonders aufschlußreich in seiner neuesten Sammlung biographischer Reden „Liberale und Andere“ (1994), wo sich der Biograph als Autobiograph entpuppt.

Karl Ulrich Mayer

*

*Jürgen Habermas zum 65. Geburtstag
(18. 6. 1994)*

Die Invokation des „Dialogs“ ist zum zentralen Legitimationsmodus moderner Gesellschaften geworden. Auf globaler Ebene wird der „Nord-Süd-Dialog“ institutionalisiert. In wohlfahrtsstaatlich organisierten Gesellschaften, insbesondere in der europäischen Gemeinschaft, wird der „soziale Dialog“ zwischen den sozialen Partnern, den Gewerkschaften und Arbeitgebern, zum neuen Organisationsprinzip industrieller Beziehungen ausgerufen. Auf nationaler Ebene, insbesondere in Deutschland, werden „Dialogforen“ im Bereich der Umweltpolitik geschaffen, in denen Konsens für Entscheidungen über kollektive Güter hergestellt wird. Diese Phänomene verweisen auf einen in fortgeschrittenen Industriegesellschaften entstehenden neuen Legitimationsmodus von Politik. Die institutionellen Ideologien scheinen sich zumindest in den westlichen Gesellschaften grundlegend zu wandeln. Jenseits von formaler und materialer Rationalität wird dialogische Rationalität zum

wirksamen Legitimationsgrund kollektiven Handelns und Entscheidens.

Nicht nur „Dialog“, sondern auch „Kommunikation“ gehört zu den Begriffen, die in der gegenwärtigen Gesellschaft zunehmend zur Legitimation von Institutionen dienen. Kommunikative Kompetenz ist das Ziel der Ausbildung kaufmännischer Berufe und des Managertraining. Die öffentliche Kommunikation eines Image, sei es einer Partei, eines Konzerns oder einer sozialen Bewegung, absorbiert zunehmend Ressourcen von modernen Organisationen. Kommunikation ist in den Zielkatalog moderner Vergesellschaftung aufgenommen und zur Legitimationsressource moderner Gesellschaften geworden.

Ist das die Praxis der Theorie, die Jürgen Habermas seit den sechziger Jahren entwickelt hat? Veränderungen in Legitimationsdiskursen haben ihre Voraussetzungen in konzeptueller und theoretischer Arbeit. Jürgen Habermas gehört zu den wichtigsten, die diese Voraussetzungen gelegt haben. Seine Fundierung des Dialogs und des kommunikativen Handelns in einer Diskurstheorie hat die Stichworte für ein neues ideologisches Selbstverständnis moderner Gesellschaften geliefert. Er hat das wohlfahrtsstaatliche Selbstverständnis moderner Gesellschaften, gegründet auf der Idee sozialer Umverteilung und der Herstellung von Solidarität durch die Egalisierung sozialer Beziehungen als unzureichend kritisiert. Das ist die Quintessenz der Marx-Kritik von Habermas. Die Überlegung, daß Solidarität dadurch, daß einem genommen wird, um es dem anderen zu geben, sich gerade nicht notwendig herstellt, führt dazu, das theoretische Problem der Herstellung einer legitimen sozialen Ordnung neu zu stellen. Kollektives Handeln, so die Folgerung, ist vorgängig bereits auf die Definition eines kollektiven Guts, das durch Umverteilung hergestellt werden soll, angewiesen. Es ist letztlich auf Kommunikation verwiesen, in der dieses Gemeinsame hergestellt werden kann. Der von Habermas anvisierte Übergang von einer bei Marx angelegten Theorie strategischen Handelns zu einer Marx kritisierenden Theorie kommunikativen Handelns reagiert also auf die Problematisierung der Herstellung einer modernen sozialen Ordnung im Verlauf des Prozesses der Modernisierung und trägt zugleich dazu bei.

Doch der Dialog hat zugleich seine ganz normalen sozialen Folgen: er gelingt nicht, er-

zeugt Konflikte, eröffnet Macht- und Marktchancen. Der Diskurs ist eine regulative Idee in einer imperfekten Welt – und genau dies ist die Spannung, die dann sich einstellt, wenn man den Soziologen und den Philosophen in sich vereinigt, und die dann verlorengeht, wenn man beides trennt. Der Philosoph hält gegen die Welt, der Soziologe desillusioniert über das, was wir gegen die Welt zu halten versuchen, zwei Sichtweisen, die jenseits bloßen Empirismus und bloßen Utopismus liegen und darin ihre Komplementarität haben. Jürgen Habermas repräsentiert diese Spannung wie auch die Versuche, ihr zu entgehen, in einer Weise, die das Faszinierende seiner intellektuellen und wissenschaftlichen Arbeit seit den sechziger Jahren ausmacht.

Der Schlüssel zu seinem Werk, das so tiefe Spuren im öffentlichen Diskurs der modernen Gesellschaft über sich selbst hinterlassen hat, ist die Idee, daß der öffentliche Diskurs die Rationalität einer modernen Gesellschaft begründet, sichert und vorantreibt. Der Beweis für die These, wenn wir einmal vom normativen Moment absehen und Modernität rein empirisch als das dynamisierende Element moderner Gesellschaften bestimmen, ist im Effekt der Theorie selber zu sehen. Die Resonanz seiner begrifflichen Arbeit ist selbst der Beweis für die Angemessenheit der Theorie. Die Theorie der konstitutiven Bedeutung öffentlicher Diskussion für Modernität, entfaltet im Strukturwandel der Öffentlichkeit im Jahre 1962 (erst 1989 ins Englische übersetzt und dann noch einmal rückblickend reflektiert im Jahre 1992), bestimmt den soziologischen und philosophischen Ausgangspunkt des Habermasschen Denkens. „Faktizität und Geltung“ (1993) ist in einem doppelten Sinn eine Reformulierung dieses Ausgangspunktes: es nimmt die Spannung des Philosophen und Soziologen auf, wenn auch der Philosoph dominiert, und wiederholt die zentrale These der Rolle des öffentlichen Diskurses; er heißt nun *Deliberation*.

Diese affirmative und zugleich kritische Theorie der Moderne, entstanden in der Auseinandersetzung mit Adorno und Horkheimer, hatte in den späten sechziger Jahren zunächst eine soziologische Wendung genommen. Die analytische Unterscheidung von Arbeit und Interaktion, von monologischem und dialogischem Handeln hat die Konturen der Handlungstheorie bestimmt, die dreizehn Jahre später formuliert werden sollte. Die 1971

erfolgte Übernahme einer Abteilung im Starnberger Max-Planck-Institut zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt hat dann die Gelegenheit gegeben, das soziologische Programm voranzutreiben, ohne dabei die Spannung mit der Philosophie zu verlieren.

Daraus resultierte ein anspruchsvolles, vielleicht zu anspruchsvolles Forschungsprogramm, das die sozialen und politischen Bedingungen diskursiver Formen der Vergesellschaftung zu klären suchte. Die Theorie der „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ (1973) suchte zunächst relevante Themen zu orten. Die normative Umdeutung des historischen Materialismus stellte einen weiteren Schritt dar: den Versuch einer kritischen Fortführung einer zentralen Tradition sozialen Denkens: der Marxschen Theorie. In der Theorie des kommunikativen Handelns mit ihrem systematischen Durchgang durch die Väter der Soziologie weitete sich diese theoretische Begründung einer sozialen Theorie dialogischer Formen des Sozialen. Die empirische Arbeit, die sich aus diesen theoretischen Bezügen herausentwickelte, reichte dann von der Entwicklungspsychologie über Staatstheorien bis hin zu allgemeinen Evolutionstheorien, eine Spannweite, die das verfügbare methodologische Instrumentarium der Sozialwissenschaften notwendig überfordern mußte. Das hat die Mitarbeiter fasziniert, provoziert, gefordert und auch oft überfordert, war es doch unmöglich, dem theoretischen Diskurs durch Rückzug auf ein technisch-methodologisches Verständnis sozialwissenschaftlicher Forschung zu entkommen und sich so zu entlasten.

Eine soziologische „Schule“ wurde daraus nicht, aber ein permanenter kritischer Impuls in das soziologische Denken hereingetragen: die Rückbindung sozialwissenschaftlicher Empirie an ein theoretisches Verständnis der Moderne, das in der kritischen Rekonstruktion ihrer eigenen Denkvoraussetzungen expliziert wird. Der alte Streit, ob die quantitative Empirie nun positivistisch sei, ließ sich so erledigen. Ob quantitativ oder qualitativ, „positivistisch“ kann beides sein; daß Hypothesengenerierung und die Konstruktion theoretischer Modelle selbst wiederum ein Reflexions- und Kommunikationsprozeß sind, gehört zur wissenschaftstheoretischen Reflexion jenseits des alten Streits. Habermas hat dazu gerade auch beigetragen, auch wenn das alte Freund-Feind-Schema des Positivismusstreits weder

aus alten noch jungen Kollegen so leicht auszutreiben ist.

Mit dem Rückzug aus dem Max-Planck-Institut zu Beginn der achtziger Jahre war das empirische Programm erst einmal zu Ende. Der akademische Arbeitsmarkt jener Zeit tat das Seine, um dem Habermasschen Ansatz einer kommunikationstheoretisch reflektierten Soziologie das vorläufige und scheinbare institutionelle Ende zu bereiten. Habermas selbst kehrte in die Philosophie zurück, dorthin, wo er sich eher zu Hause fühlte. Die Soziologen ließ er in einem gewissen Sinne allein; neueren Theorieebatten entzog er sich eher. Ein „soziologisches“ Thema allerdings blieb, und das war die Beschäftigung mit dem Recht. Methodologisch war diese Wahl unproblematisch, hat doch die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Recht eine reiche Tradition der Reflexion auf das rechtliche Tun bereits entwickelt, dem die soziologische Rechtsstatistikforschung nur ein weiteres empirisches Instrument hinzufügte. Mit diesem Gegenstand hielt Habermas den Kontakt mit der Soziologie, und wie es der Zeitgeist will, trifft dieses Interesse mit der neuerlichen Konjunktur institutionalistischer Theorien in der Soziologie zusammen. „Faktizität und Geltung“ (1993), ein auf den ersten Blick philosophisches Buch, ist ein Diskurs über Institutionenbildung und die Rolle der Deliberation in Entscheidungsprozessen, ein Thema, das heute die Forschung zur public policy belebt.

Die Theorie des Diskurses als einem Konstituens sozialer und politischer Ordnung ist immer schon in einen politischen Diskurskontext eingebettet und gebiert zugleich ihre eigene Praxis. Die wissenschaftliche Arbeit von Habermas war – mit und gegen die subjektiven Intentionen – notwendig mit dem realen politischen Leben verbunden gewesen. Charakteristisch ist die späte Resonanz der Habermasschen Theorie in den USA; zu selbstverständlich erschien dort die Idee, daß politische Debatte, politische Öffentlichkeit zum Lebenselixier von Demokratie gehörte. Nicht nur die Beobachtungen Tocquevilles, auch das Selbstverständnis des auf die Gründungsväter stolzen Amerikaners zeigen, wie selbstverständlich die Ideen von Habermas im alltäglichen öffentlichen Diskurs waren. Erst die Erfahrungen ethnischer Konflikte, des Vietnamkrieges und der Reagan-Administration haben diese Selbstverständlichkeiten problematisiert und damit die Rezeptionsbedingungen grund-

legend verändert. Ganz anders in der Bundesrepublik, in der diese Ideen ein politisches Selbstverständnis gegen eine schlechte Tradition erst begründen halfen. Das Verhältnis von Habermas und Studentenbewegung wird nur aus dieser Sicht verständlich: Das intellektuelle Rasonieren hatte praktische Wirkung in der Studentenbewegung, weil es die Idee einer demokratischen, sozial gerechten Gesellschaft auf einen Begriff brachte, der von dieser Bewegung gegen die herrschende Generation und nicht gegen die herrschende Gesellschaft – dies war das Selbstmißverständnis der Studentenbewegung – gerichtet wurde. Daß es dabei Mißverständnisse, Enttäuschungen gab, ist normal und guter Grund zum Weiterdenken gewesen. Dem Soziologen im Philosophen wäre dies auch wiederum kein Problem gewesen.

Dieses Eingebundensein des theoretischen Rasonierens in den öffentlichen Diskurs selbst, die praktische Aufgabe der Soziologie, hat zu wiederholten Interventionen in den politischen Diskurs der Bundesrepublik geführt. Überraschenderweise betreffen diese Themen die klassischen Themen, nationale Identität, kollektives Bewußtsein der Vergangenheit, nicht die neuen Themen wie Umwelt oder „gender“. Auch hier sind die Effekte auf die wissenschaftliche Themenagenda unübersehbar: die rationale Begründung wie die empirische Beobachtung nationaler Identität im besonderen, kollektiver Identität im allgemeinen ist Teil dieser Agenda geworden. Die klassische Frage nach dem Staatsbürger und seiner sozialen und politischen Inklusion, im Begriff des „Verfassungspatriotismus“ auf den Punkt gebracht, belebt wieder die in der politischen und sozialen Theorie geführten Debatten. Das zeigt erneut die Aktualität des politischen Denkens von Habermas. Auch es hat seine Konjunkturen gehabt; und heute ist es wieder auf dem aufsteigenden Ast in den für den Soziologen wiederum ganz normalen Zyklen öffentlicher Diskurse zu finden.

Der Diskurs ist der neue Mythos institutioneller Ordnung in der westlichen Gesellschaft geworden. Diese neue Ideologie hat reale Konsequenzen; sie macht öffentliche Debatten zur Legitimationsressource; sie erzeugt neue Kriterien für Rationalität. Sie trägt damit nicht nur zur Ausbildung neuer organisationaler Formen und eines neuen Verständnisses der Rationalität von Organisationen. Sie erweitert damit zugleich den öffentlichen Raum, führt

ihn aus den Nischen von Kaffeehäusern und aus den Machtzentren der Massenmedien in die Welt der das alltägliche Leben bestimmenden Organisationen und Institutionen. Anstatt über den Verlust des öffentlichen Raumes und über Kulturindustrie zu klagen, hat das theoretische Denken von Habermas weiterführende Perspektiven geöffnet. Sein unbeirrtes Festhalten an der Idee einer kommunikativen Infrastruktur moderner Vergesellschaftung, die Verteidigung dieser Idee gegen die sich in den deutschen Sozialwissenschaften ausbreitende ironische Beobachtung der Gesellschaft dürfte sich langfristig als der produktivere Zugang zur Analyse komplexer moderner Gesellschaften erweisen. Angesichts einer Welt, in der die Beobachtung der Welt nur mehr in der Beobachtung zunehmenden Grauens endet, ist der von Habermas gedachte und gelehrte Blick auf die Welt einer, in der das bloße Zuschauen nicht alles sein kann. Daß auch komplexe Gesellschaften Möglichkeiten bieten, in sie zu intervenieren, zeigt, daß wir es nicht nur mit einer Theorie ethischen Handelns in einer modernen Welt zu tun haben, sondern zugleich mit einer Theorie, die die institutionellen Bedingungen solchen Handelns mitdenkt. Hier kann die Soziologie weiterhin von Habermas lernen. Sie sollte es auch, wenn sie selbst ein wirksamer Teil dieser Gesellschaft bleiben will. Deshalb hoffen wir weiterhin auf Interventionen in den öffentlichen Diskurs und auf die Weiterarbeit an den theoretischen Grundlagen eben dieses Diskurses.

Klaus Eder

MITTEILUNGEN

ALLBUS 1994 verfügbar

Im Frühjahr dieses Jahres wurde die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) zum neunten Male durchgeführt. Wie bereits in den vorangegangenen Jahren 1991 und 1992 fand die Erhebung in beiden Teilen Deutschlands statt. Zum Einsatz kam eine disproportionale Stichprobe von 2.400 Personen in den alten Bundesländern (incl. West-Berlin) und 1.100 in den neuen (incl. Ost-Berlin). Die Grundgesamtheit der Umfrage bildete die erwachsene Wohnbevölkerung in Privathaushalten.

Der ALLBUS dient der Erhebung und Verbreitung repräsentativer Primärdaten für die Sozialwissenschaften. Die Umfrage wird seit 1980 regelmäßig alle zwei Jahre mit einem teils konstanten, teils variablen Fragenprogramm durchgeführt, das zentrale Bereiche der empirischen Sozialforschung abdeckt. Die Konzeption und Durchführung der Umfrage liegt in den Händen der Abteilung ALLBUS beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim. Sie erfolgt in Abstimmung mit einem wissenschaftlichen Beirat. Die Archivierung und Weitergabe der Daten betreut das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln. Beide Institute sind Mitglied der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS), die vom Bund und den Ländern gefördert wird.

Inhaltlicher Schwerpunkt des ALLBUS 1994 ist das Thema „Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat“. Zusätzlich wurden Einstellungen und Kontakte zu Gastarbeitern bzw. in Deutschland lebenden Ausländern, das Vertrauen in Institutionen, die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung, Einstellungen zum Verhältnis zwischen alten und neuen Bundesbürgern sowie verschiedene politische Indikatoren erhoben. Wie in jedem ALLBUS wurden auch in der Umfrage 1994 die demographischen Hintergrundmerkmale des Befragten und seines engeren sozialen Umfeldes (Ehe- bzw. Lebenspartner, Vater und Mutter) detailliert erfaßt.

Das Fragenprogramm 1994 stellt zum überwiegenden Teil eine Wiederholung aus früheren ALLBUS-Erhebungen dar. Für viele Fragen liegen für Westdeutschland bereits Messungen aus den 80er Jahren vor. Dies trifft insbesondere auf das Schwerpunktthema „Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat“ – eine Replikation aus dem ALLBUS 1984 –, aber auch auf die Einstellungen zu Gastarbeitern und das Vertrauen in Institutionen zu. Ein weiterer Teil der Fragen wurde bereits 1991 und 1992 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland erhoben. Der ALLBUS 1994 bietet damit ausgezeichnete Möglichkeiten für die Analyse der Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen alten und neuen Bundesländern, für die Untersuchung des gesellschaftlichen Transformationsprozesses im Anschluß an die deutsche Vereinigung und für die Erforschung des langfristigen sozialen Wandels in Westdeutschland.

Teil des ALLBUS 1994 ist wieder die jähr-